

20 Jahre Institut für Europarecht der Universität Freiburg

Ein Beitrag zu Forschung, Lehre und Weiterbildung im Europarecht in der Schweiz

Astrid Epiney

Dieser Beitrag wurde erstmals wie folgt veröffentlicht:

Astrid Epiney, 20 Jahre Institut für Europarecht der Universität Freiburg – Ein Beitrag zur Forschung, Lehre und Weiterbildung im Europarecht in der Schweiz, in: Institut für Europarecht (Hrsg.), Die Schweiz und die europäische Integration / La Suisse et l'intégration européenne, 20 Jahre Institut für Europarecht, Zürich 2015, 17-24. Es ist möglich, dass diese publizierte Version – die allein zitierfähig ist – im Verhältnis zu diesem Manuskript geringfügige Modifikationen enthält.

Inhaltsübersicht

- A. Einleitung
- B. Zur Entstehung und institutionellen Entwicklung des Instituts für Europarecht der Universität Freiburg
- C. Aufgaben und Finanzierung des Instituts
- D. Entwicklung der Tätigkeiten des Instituts
- E. Das Recht der Europäischen Union und die Schweiz
 - I. Staatsvertragliche Regelungen
 - II. Zum „autonomen Nachvollzug“
 - III. Rechtsvergleichung
 - IV. „Harmonisierung“ über multilaterale völkerrechtliche Verträge
- F. Fazit

A. Einleitung

Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Instituts für Europarecht der Universität Freiburg soll im Folgenden nicht nur ein Überblick über Entstehung und institutionelle Entwicklung (B.), Aufgaben und Finanzierung (C.) sowie die entfaltenen Aktivitäten (D.) des Instituts gegeben werden (wobei sich die diesbezüglichen Ausführungen auf einige Stichworte und Kennzahlen beschränken, sind doch die Einzelheiten in den seit 1995 erscheinenden Jahresberichten des Instituts im Detail

dokumentiert), sondern es sollen auch einige Überlegungen zu Lehre, Forschung und Weiterbildung im Europarecht in der Schweiz angestellt werden (E.), bevor der Beitrag durch ein kurzes Fazit abgeschlossen wird (F.).

B. Zur Entstehung und institutionellen Entwicklung des Instituts für Europarecht der Universität Freiburg

Zu Beginn der 90er Jahre wurde auch an der Universität Freiburg dem Europarecht¹ mehr und mehr Beachtung geschenkt. Dies äusserte sich in dem sukzessiven Ausbau der Lehre im Europarecht – u.a. mit der Möglichkeit für die Studierenden, bereits im Grundstudium einen Akzent im Europarecht zu setzen (Lizentiat mit Zusatz Europarecht, heute: Bachelor und Master mit Zusatz im Europarecht) – sowie in der Schaffung der sog. Forschungsstelle im Europarecht. In diesem Rahmen wurde auch der Grundstein für eine eigentliche spezialisierte Bibliothek und ein Dokumentationszentrum im Europarecht gelegt.

Im Zuge diverser Aktivitäten sowie des Bestrebens der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, Lehre und Forschung im Europarecht besonders zu pflegen, erwies sich sodann eine stärkere Institutionalisierung als sachdienlich. Diese mündete 1995 in die Gründung des Instituts für Europarecht der Universität Freiburg.

Im Jahr 2001 erfolgte die Einbettung des Instituts für Europarecht in die Zusammenarbeit der Rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Bern, Neuenburg und Freiburg (BENEFRI), dies durch den Abschluss einer Konvention zwischen den drei Universitäten: An jeder der drei Fakultäten wurde ein Institut bezeichnet, das im BENEFRI-Rahmen einen thematischen Schwerpunkt (insbesondere im Vertiefungsstudium, in der Forschung sowie in der Weiterbildung) bilden sollte, so dass die Komplementarität der Aktivitäten der drei Fakultäten verstärkt werden konnte. An der Universität Freiburg war dies das Institut für Europarecht, an der Universität Bern das World Trade Institute und an der Universität Neuenburg das Institut de droit de la santé. Gleichzeitig wurde und wird in den erfassten Bereichen intensiv zusammengearbeitet. Dieses Modell hat sich insgesamt bewährt und führte zu einer verstärkten institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Fakultäten und einer verstärkten Komplementarität ihrer Aktivitäten.

In den Statuten des Instituts für Europarecht der Universität Freiburg kommt dieser „BENEFRI-Charakter“ des Instituts in der Zusammensetzung des Institutsrats zum Ausdruck: Seit der Revision der Statuten im Jahr 2001 nehmen je zwei Professorinnen oder Professoren der drei beteiligten Fakultäten im Institutsrat Einsitz.

C. Aufgaben, Organisation und Finanzierung des Instituts

Nach Art. 2 und 3 der Statuten des Instituts für Europarecht dient das Institut der Förderung der Lehre und der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet des

¹ Zum Begriff des Europarechts noch unten C.

Europarechts. Insbesondere führt es ein Dokumentationszentrum und eine Bibliothek für Europarecht, unterstützt die Lehre im Europarecht, stellt die Betreuung von Doktoranden sicher, widmet sich der Weiterbildung, betreibt Forschung im Bereich des Europarechts und steht im Rahmen seiner Verfügbarkeit Behörden und Privaten für Gutachten, Mandate und sonstige Dienstleistungen zur Verfügung.

Unter „Europarecht“ ist dabei nicht nur das Recht der Europäischen Union, sondern darüber hinaus auch das im Rahmen des Europarates entwickelte Völkerrecht zu verstehen. Auch ist hervorzuheben, dass das Institut neben den öffentlichrechtlichen auch den privatrechtlichen Aspekten des Europarechts besondere Aufmerksamkeit schenkt.

Diese Aufgaben des Instituts werden in erster Linie durch die aus drei Professoren / Professorinnen bestehende Direktion des Instituts sowie ihren Mitarbeitenden wahrgenommen. Hinzu kommt seit 2009 die Professur für Europarecht und europäisches Migrationsrecht, deren Aktivitäten ebenfalls „unter dem Dach“ des Instituts für Europarecht stattfinden. Der Institutsrat seinerseits plant und bestimmt die Tätigkeiten des Instituts in den Grundzügen und kontrolliert diese. Er trifft namentlich die strategischen Entscheidungen und genehmigt das Budget, die Rechnung und den Jahresbericht. Auch wählt er die Mitglieder der Direktion sowie die geschäftsführende Direktorin oder den geschäftsführenden Direktor.

Finanziert wird das Institut einerseits über das Budget der Universität, insbesondere durch den Einsatz der Mitarbeitenden der insgesamt vier Lehrstühle, die in besonderer Weise an den Aktivitäten des Instituts mitwirken; andererseits werden zahlreiche Drittmittel eingeworben, wobei durch den Schweizerischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung finanzierte Projekte sowie Gutachteraufträge von besonderer Bedeutung sind. Diese Drittmittel ermöglichen seit der Gründung des Instituts die Anstellung zahlreicher zusätzlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

D. Entwicklung der Tätigkeiten des Instituts

Die Tätigkeiten des Instituts haben sich in den vergangenen 20 Jahren immer mehr weiterentwickelt und diversifiziert, wobei nach wie vor ein Akzent – neben der Unterstützung der Lehre im Europarecht – auf Forschung, Weiterbildung und Dienstleistungen liegt. Inhaltlich und thematisch liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten des Instituts in folgenden Gebieten: Beziehungen Schweiz – EU, Verfassungsrecht der EU, Binnenmarktrecht, Migrationsrecht, Umweltrecht, Verkehrsrecht, Grundrechte, Datenschutzrecht und Antidiskriminierungsrecht.

Hinzuweisen ist weiter darauf, dass das Institut im Laufe der Jahre verschiedene Kooperationen mit zahlreichen in- und ausländischen Institutionen aufgebaut hat und die entsprechenden Kontakte pflegt. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass das Institut bei diversen Aktivitäten auch eng mit anderen Instituten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zusammengearbeitet hat; insbesondere mit dem Institut für Föderalismus ergaben sich verschiedene Kooperationen in den Bereichen Forschung, Dienstleistungen und Weiterbildung.

Es kann im Folgenden nicht darum gehen, die verschiedenen Projekte, Veranstaltungen, Publikationen, Gutachten etc. der vergangenen 20 Jahre im Einzelnen

aufzuführen. Diese sind in den Jahresberichten – das Institut veröffentlicht seit seiner Gründung jedes Jahr einen Jahresbericht – im Detail dokumentiert. Daher sei im Folgenden lediglich auf einige Kennzahlen hingewiesen:

- Insgesamt sind rund 20 abgeschlossene und laufende durch den Schweizerischen Nationalfonds geförderte Projekte zu verzeichnen. Neben freier Grundlagenforschung ist hier insbesondere auch ein sog. ProDoc-Projekt zu erwähnen, in dessen Rahmen in erster Linie Doktorarbeiten und damit Doktorierende finanziert und gefördert wurden.
- In rund 65 Gutachten äusserten sich Mitarbeitende des Instituts gutachterlich zu diversen Fragen des Europarechts, wobei die Beziehungen Schweiz-EU (und hier die Personenfreizügigkeit) sowie das Umwelt- und Verkehrsrecht im Vordergrund standen und stehen.
- Im Rahmen der Forschungskolloquien, Tagungen, Vorträge und Weiterbildungen fanden über 100 Veranstaltungen statt, und seit 2014 ist das Institut am CAS Migrationsrecht massgeblich beteiligt.²
- Die wissenschaftlichen Publikationen umfassen neben rund 25 abgeschlossenen Dissertationen sowie den Publikationen der Institutsangehörigen auch eine eigene europarechtliche Reihe („Forum Europarecht“), in der seit 1997 35 Bände – im Wesentlichen Tagungsbände und wissenschaftliche Publikationen im Zuge des Abschlusses von Forschungsprojekten oder Gutachten – erschienen sind. Daneben gibt das Institut seit 2004 das Schweizerische Jahrbuch für Europarecht (bis heute insgesamt 12 Bände) und die „hausinterne“ sowie auf dem Internet veröffentlichte Schriftenreihe „Freiburger Schriften zum Europarecht“ (in der seit 2008 insgesamt 18 Hefte erschienen sind) heraus.

All diese Aktivitäten wären nicht ohne den ausgesprochen grossen und engagierten Einsatz sowie die Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vergangenen 20 Jahre zu realisieren gewesen. Unter Einschluss der Mitarbeitenden der beteiligten Lehrstühle sowie des Bibliothekspersonals und der studentischen Hilfskräfte waren bzw. sind denn auch seit 1995 über 100 Personen am Institut beschäftigt (gewesen). Diese grosse Zahl erklärt sich auch dadurch, dass die wissenschaftlichen Mitarbeitenden regelmässig, häufig nach Abschluss ihrer Dissertation, das Institut verlassen und neue berufliche Herausforderungen annehmen. Die ehemaligen Mitarbeitenden des Instituts sind in sehr verschiedenen Bereichen (die meisten wohl in der öffentlichen Verwaltung, unter Einschluss der Gerichte) tätig, wobei zahlreiche von ihnen noch in der einen oder anderen Form mit europarechtlichen Fragen befasst sind und sehr viele von ihnen in der einen oder anderen Form den Kontakt zum Institut aufrechterhalten.

E. Das Recht der Europäischen Union und die Schweiz

Im Europarecht in der Schweiz tätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden im Ausland mitunter mit der Frage konfrontiert, warum dem Europarecht an schweizerischen Universitäten im Allgemeinen und an der Universität Freiburg im Besonderen ein relativ hoher Stellenwert beigemessen wird, sei doch die

² S. hierzu auch den Beitrag von *Sarah Progin-Theuerkauf* (in diesem Band).

Schweiz nicht Teil „Europas“ (gemeint ist in der Regel die Europäische Union). Dies soll im Folgenden zum Anlass genommen werden, die vielfältigen Einflüsse und Implikationen des Unionsrechts in der Schweiz zu skizzieren, womit letztlich auch die Bedeutung von Forschung, Lehre und Weiterbildung auch im Unionsrecht in der und für die Schweiz deutlich wird.

Die Beschränkung auf das Unionsrecht rechtfertigt sich schon deshalb, weil es keiner weiteren Erläuterung bedarf, warum das Europarecht i.w.S. (also insbesondere unter Einschluss des Rechts des Europarates sowie der zahlreichen völkerrechtlichen Verträge zwischen europäischen Staaten) für die Schweiz insoweit von Bedeutung ist, als sie die entsprechenden Verträge ratifiziert hat, so dass diese für die Schweiz verbindlich sind. Hier kommen die anerkannten (wenn auch im Detail mitunter umstrittenen) Grundsätze des Verhältnisses von Völkerrecht und Landesrecht zum Zuge,³ und im Übrigen ist es unbestritten, dass die Schweiz in diversen europäischen Internationalen Organisationen (wie dem Europarat oder der OSZE) eine wichtige Rolle spielt.

Als Ausgangspunkt sei festgehalten, dass die Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Union keineswegs bedeutet, dass das Unionsrecht in der und für die Schweiz keine Wirkungen entfaltet. Allerdings beruht die rechtlich verbindliche oder auch faktische „Übernahme“ bzw. Massgeblichkeit des Unionsrechts aufgrund der Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der EU für die und in der Schweiz auf verschiedenen Mechanismen und – im Vergleich zu einem EU-Mitgliedstaat – auf unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen, womit auch mitunter eine nicht zu unterschätzende Komplexität der Rechtslage einhergeht. Im Einzelnen kann hier zwischen verschiedenen Formen der „Implikationen“ bzw. Verbindlichkeit des Unionsrechts differenziert werden, die sich bezüglich ihres rechtlichen Charakters und ihrer Auswirkungen unterscheiden, so dass das Unionsrecht bzw. Teile desselben insofern in der Schweiz in sehr unterschiedlicher Weise zum Zuge kommen. Von besonderer Bedeutung dürften drei grosse Fallgruppen der „direkten“ Europäisierung schweizerischen Rechts sein: die rechtliche Verbindlichkeit aufgrund staatsvertraglicher Regelungen (I.), die „Inspiration“ schweizerischen Rechts im Rahmen des sog. „autonomen Nachvollzugs“ (II.) sowie schliesslich die „freie Inspiration“ insbesondere des Richters, aber auch des Gesetzgebers, durch ausländische und damit auch unionsrechtliche Entwicklungen im Rahmen der „klassischen“ Rechtsvergleichung (III.). Eine besondere Rolle spielt sodann aber auch die „indirekte Harmonisierung“ der Rechtslage in der Union und in der Schweiz über den Abschluss multilateraler völkerrechtlicher Abkommen (IV.).⁴

Der Vollständigkeit halber ebenfalls zu erwähnen ist die hier jedoch nicht weiter behandelte extraterritoriale Wirkung gewisser unionsrechtlicher Vorgaben, so insbesondere im Bereich des Wettbewerbsrechts. Auf der Grundlage der grundsätzlichen völkerrechtlichen Zulässigkeit einer

³ Zu diesen im Einzelnen *Astrid Epiney*, in: Bernhard Waldmann/Eva Maria Belser/Astrid Epiney (Hrsg.), Bundesverfassung. Basler Kommentar, 2015, Art. 5, Rn. 75 ff.

⁴ Die folgenden Ausführungen beruhen teilweise auf bereits früher durchgeführten Untersuchungen, deren Ergebnisse mitunter aufgegriffen werden. Vgl. insbesondere *Astrid Epiney*, Zur institutionellen Struktur der Bilateralen Abkommen – Bestandsaufnahme, Perspektiven und Bewertung, in: FS Marc Amstutz, Zürich u.a. 2011, 35 ff.; *Astrid Epiney*, Der EWR und die institutionellen Probleme des Bilateralismus, in: Dieter Freiburghaus/Georg Kreis (Hrsg.), Der EWR – verpasste oder noch bestehende Chance?, Zürich 2012, 139 ff.; *Astrid Epiney*, Zur Verbindlichkeit der EU-Grundrechte in der und für die Schweiz, in: Bernhard Altermatt/Gilbert Casaus (Hrsg.), 50 Jahre Engagement der Schweiz im Europarat 1963-2013, Zürich 2013, 141 ff.; *Astrid Epiney*, Vertraglicher „Umsetzungsdruck“ und „autonomer Anpassungszwang“ aus Brüssel, LeGes2014, 383 ff.

solchen extraterritorialen Wirkung (unter gewissen Voraussetzungen) entfalten diverse unionsrechtliche Bestimmungen insofern extraterritoriale Wirkung, als sie unter bestimmten Voraussetzungen bzw. in bestimmten Konstellationen auch ausserhalb des Geltungsbereichs des Unionsrechts zu beachten sind, so z.B., wenn wettbewerbsbeschränkende Absprachen Auswirkungen für den Binnenmarkt entfalten. Derartige extraterritoriale Wirkungen sind auch für bzw. in der Schweiz relevant, spielen jedoch – im Gegensatz zu den anderen, nachfolgend kurz erörterten Konstellationen – keine besondere Rolle für bzw. in der Schweiz.

I. Staatsvertragliche Regelungen

Zunächst kann sich die Schweiz durch völkerrechtliche Verträge verpflichten, Teile des unionsrechtlichen Besitzstandes in der Sache zu übernehmen oder an unionsrechtlichen Regelungswerken bzw. Systemen teilzunehmen. Dies ist insbesondere durch die sog. bilateralen Verträge der Union bzw. ihrer Mitgliedstaaten und der Schweiz geschehen: Ein erstes Paket („Bilaterale I“) trat am 1.6.2002 in Kraft;⁵ ein weiteres Paket solcher bilateralen Verträge („Bilaterale II“) wurde am 26.10.2004 unterzeichnet, und die entsprechenden Abkommen⁶ traten sukzessive in Kraft (mit der bemerkenswerten Ausnahme des Betrugsabkommens). Daneben besteht noch eine Reihe weiterer Abkommen mit der EU.⁷

Im Übrigen wird derzeit eine Reihe weiterer Bereiche geprüft, in denen neue bilaterale Abkommen abgeschlossen werden könnten.⁸ Allerdings ist zum jetzigen Zeitpunkt fraglich, ob und wann weitere Abkommen abgeschlossen werden, da sich die Europäische Union und die Schweiz über eine Reihe institutioneller Fragen⁹ der Gestaltung der Bilateralen Verträge (soweit diese den Zugang zum Binnenmarkt betreffen) insgesamt bislang noch nicht einigen konnten. Hinzu kommt die Unsicherheit über die Umsetzung des im Zuge der sog. Masseneinwanderungsinitiative in die Verfassung eingefügten Art. 121a BV.

Zahlreiche dieser Abkommen und insbesondere auch die rechtlich und politisch besonders bedeutenden greifen in verschiedener Weise auf den unionsrechtlichen

⁵ Die insgesamt sieben Abkommen betreffen folgende Bereiche: Personenfreizügigkeit, Forschung, technische Handelshemmnisse, landwirtschaftliche Produkte, Landverkehr, Luftverkehr und öffentliches Auftragswesen. Für die Texte aller Abkommen siehe BBl 1999, 6489 ff.; ABl. 2002 L 114, 1.

⁶ Hier geht es um folgende Bereiche: landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, Statistik, Ruhegehälter, MEDIA, Schengen/Dublin, Betrugsbekämpfung, Zinsbesteuerung, Bildung/Berufsbildung/Jugend und die Teilnahme der Schweiz an der Europäischen Umweltagentur. S. die Texte der Abkommen in BBl 2004, 5965 ff.

⁷ Vgl. zu den Bilateralen Verträgen ausführlich und m.w.N. *Astrid Epiney/Beate Metz/Benedikt Pirker*, Zur Parallelität der Rechtsentwicklung in der EU und in der Schweiz. Ein Beitrag zur rechtlichen Tragweite der „Bilateralen Abkommen“, Zürich 2012, insbesondere 95 ff.; s. umfassend zu den Rechtsbeziehungen der Schweiz und der EU *Thomas Cottier/Nicolas Diebold/Isabel Kölliker/Matthias Oesch/Tetyana Payosova/Daniel Wüger*, Die Rechtsbeziehungen der Schweiz und der Europäischen Union, 2014.

⁸ Es geht hier im Wesentlichen um folgende Bereiche: Agrar- und Lebensmittelbereich, Produktsicherheit und öffentliche Gesundheit, Elektrizität, Emissionshandel, Chemikalienrecht, Satellitennavigation, Friedensförderung sowie Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur, vgl. zum jeweiligen Stand europa.admin.ch.

⁹ Vgl. insoweit auch noch Fn. 14.

Besitzstand zurück.¹⁰ Die Frage nach der Reichweite einer solchen „Übernahme“ von Teilen des unionsrechtlichen Besitzstandes in ein (Bilaterales) Abkommen zwischen der Schweiz und der EU ist dabei auf der Grundlage des Gegenstands bzw. des materiellen Anwendungsbereichs eines Abkommens zu sehen: In all denjenigen Fällen, in denen ein Abkommen die „Integration“ der Schweiz in einen Teil des Unionsrechts anstrebt, erfolgt in der Regel eine relativ weitgehende Anlehnung an das bereits bestehende Unionsrecht. Dessen Umfang wird einerseits durch den eigentlichen Regelungszweck bzw. -schwerpunkt des jeweiligen Abkommens, andererseits durch mit diesem in enger Verbindung stehenden Bereichen bestimmt.

Diese „Übernahme“ unionsrechtlicher Bestimmungen in den Bilateralen Abkommen mit der Schweiz erfolgt – soweit der bestehende *Acquis* betroffen ist – in den derzeit bestehenden Abkommen entweder durch einen direkten Verweis auf unionsrechtliche Akte¹¹ oder aber durch eine Anlehnung der Formulierung abkommensrechtlicher Bestimmungen an unionsrechtliche Regelungen.¹²

Der völkerrechtliche Charakter der Bilateralen Abkommen impliziert, dass sie grundsätzlich (formell) statische Verpflichtungen enthalten, so dass eine Modifikation des EU-Rechts, auf das in einem Abkommen Bezug genommen wird, grundsätzlich nicht „automatisch“ auch Eingang in das Abkommen findet. Allerdings sehen die Abkommen vor dem Hintergrund, dass ihre Zielsetzung in der Regel auch darin besteht, im Verhältnis zur Schweiz eine parallele Rechtslage wie innerhalb der EU zu gewährleisten, spezifische Bestimmungen für die Übernahme neuer legislativer Bestimmungen des EU-Rechts vor, wobei diese grundsätzlich¹³ nur dann zum Zuge kommen, wenn der Verweis auf den unionsrechtlichen Besitzstand durch eine Bezugnahme auf Sekundärrechtsakte erfolgt.¹⁴

Im Rahmen der derzeit zwischen der Schweiz und der EU erörterten sog. institutionellen Fragen¹⁵ steht auch dieser Übernahmemechanismus zur Debatte. Vor dem Hintergrund des Bestrebens der EU, in Zukunft eine vollumfängliche Einbindung der Schweiz in den entsprechenden Teil des unionsrechtlichen Besitzstands sicherzustellen, wobei auch Weiterentwicklungen einzubeziehen sind, ist zu erwarten, dass die EU als Mindeststandard für zukünftige Abkommen ein Modell, das demjenigen der Schengen-Assoziierung nachgebildet ist (und letztlich einen Grundsatz der Homogenität und damit der Übernahme neuen EU-Rechts impliziert), fordern wird. Es dürfte für die

¹⁰ Abgesehen von derartigen, sich vom Unionsrecht inspirierenden abkommensrechtlichen Bestimmungen enthalten die Bilateralen Abkommen aber auch mitunter (wobei dies jedenfalls in den politisch und rechtlich bedeutenden Bereichen die Ausnahme darstellt) „autonome“ Bestimmungen, also solche, die sich nicht in irgendeiner Form an den unionsrechtlichen Besitzstand anlehnen.

¹¹ Indem in Anhängen zu einem Abkommen Sekundärrechtsakte aufgeführt werden, welche die Schweiz im Ergebnis anzuwenden hat („gleichwertige Rechtsetzung“). S. z.B. Anhang II, III Personenfreizügigkeitsabkommen oder Anhang I Landverkehrsabkommen.

¹² Vgl. z.B. Anhang I Personenfreizügigkeitsabkommen, das teilweise wörtlich unionsrechtliche Bestimmungen übernimmt.

¹³ Es gibt allerdings Ausnahmen, so insbesondere beim Zollsicherheitsabkommen, zu diesem *Epiney/Metz/Pirker*, Parallelität der Rechtsentwicklung in der EU und in der Schweiz (Fn. 6), 138 ff.

¹⁴ Vgl. ausführlich zu diesen Mechanismen *Epiney/Metz/Pirker*, Parallelität der Rechtsentwicklung in der EU und in der Schweiz (Fn. 6), 146 ff.

¹⁵ Diese betreffen in erster Linie die „automatische“ Übernahme des unionsrechtlichen Besitzstands und seiner Weiterentwicklung („Homogenität der Rechtsentwicklung“), die „einheitliche“ Auslegung der Abkommen, die Kontrolle der Anwendung der Abkommen in der Schweiz und die gerichtliche Streitbeilegung. S. hierzu *Astrid Epiney*, Die Schweizer Europapolitik: Wie tragfähig ist der Bilateralismus? / La politique européenne de la Suisse: la voie bilatérale a-t-elle encore un avenir?, Die Volkswirtschaft / La vie économique 2013, 59 ff.

Schweiz schwierig sein, sich diesem Anliegen grundsätzlich zu verschliessen, wenn auch punktuelle Ausnahmen nicht ausgeschlossen erscheinen. Das etwas weniger weitgehende Modell, das dem neuen Abkommen über Zollerleichterungen und Zollsicherheit zugrundeliegt, wird von Vertretern der Europäischen Union insofern als „Sonderfall“ bezeichnet, als es um ein sehr technisches Abkommen gehe, das keinesfalls verallgemeinerungsfähig sei.¹⁶

Diese Einbindung der Schweiz – über Bilaterale Abkommen – in Teile des unionsrechtlichen Besitzstands wirft die komplexe Frage auf, ob und inwieweit die entsprechenden Abkommensbestimmungen parallel zur Rechtslage im Unionsrecht auszulegen sind. Diese Frage ist (da es sich um völkerrechtliche Verträge handelt) ausgehend von völkerrechtlichen Auslegungsmethoden und jeweils gesondert für die verschiedenen Abkommen zu beantworten.¹⁷ Jedenfalls in den Fällen, in denen der Regelungszweck des Abkommens klar erkennen lässt, dass eine parallele Rechtslage angestrebt wird, spricht grundsätzlich Vieles für eine parallele Auslegung. Eine solche parallele Auslegung muss grundsätzlich auch und gerade unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des EuGH erfolgen, wie dies auch teilweise ausdrücklich in den Bilateralen Abkommen vorgesehen ist (vgl. Art. 16 Abs. 2 Freizügigkeitsabkommen).

In jedem Fall bleibt der zeitliche Bezugsrahmen dieser „Anlehnung“ an die unionsrechtliche Auslegung zu präzisieren: So erwähnt etwa Art. 16 Abs. 2 FZA lediglich die Rechtsprechung des EuGH vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens, so dass sich die Frage stellt, ob auch Rechtsprechungs- bzw. Auslegungsentwicklungen nach der Unterzeichnung der Abkommen einzubeziehen sind. Jedenfalls das Bundesgericht beantwortet diese Frage in Bezug auf das Personenfreizügigkeitsabkommen unter Hinweis auf die Zielsetzungen des Abkommens grundsätzlich positiv;¹⁸ aber auch der EuGH verweist in seinen (bislang wenigen) Urteilen zum Freizügigkeitsabkommen auch auf Urteile nach der Unterzeichnung des Abkommens.¹⁹ Tatsächlich dürften die besseren Gründe für eine grundsätzliche Massgeblichkeit auch der neueren Rechtsprechung des Gerichtshofs sprechen.²⁰

Jedenfalls – und wie auch immer man mit welchen Nuancen die dogmatisch schwierigen Fragen nach der Auslegung der Bilateralen Abkommen, soweit diese an Unionsrecht anknüpfen, beantwortet – ist die Antwort auf die Frage nach einer parallelen Auslegung in Bezug auf die derzeit bestehenden Abkommen durchaus mit grossen Unsicherheiten und Schwierigkeiten verbunden: Schon das Vorliegen eines Rückgriffs auf unionsrechtliche Begriffe kann streitig sein; weiter ist die

¹⁶ Vgl. NZZ v. 7.7.2010.

¹⁷ Vgl. ausführlich zur Auslegung der Bilateralen Abkommen schon *Astrid Epiney/Annekathrin Meier/Robert Mosters*, Die Kantone zwischen EU-Beitritt und bilateralem Weg: Bewertung ausgewählter europapolitischer Optionen aus rechtlicher Sicht, in: Konferenz der Kantonsregierungen (Hrsg.), Zwischen EU-Beitritt und bilateralem Weg: Überlegungen und Reformbedarf aus kantonaler Sicht, Expertenberichte im Auftrag der Arbeitsgruppe „Europa – Reformen der Kantone“, Zürich 2006, 77 (185 ff.); s. nunmehr ausführlich *Epiney/Metz/Pirker*, Parallelität der Rechtsentwicklung in der EU und in der Schweiz (Fn. 6), 154 ff., 191 ff.

¹⁸ Vgl. insbesondere BGE 136 II 5. S. ansonsten zur schweizerischen Rechtsprechung (insbesondere des Bundesgerichts) zum Personenfreizügigkeitsabkommen die regelmässigen (in der Regel zweijährlichen) Überblicke im Jahrbuch für Migrationsrecht, zuletzt *Astrid Epiney/Beate Metz*, Zur schweizerischen Rechtsprechung zum Personenfreizügigkeitsabkommen, Jahrbuch für Migrationsrecht 2013/2014, Bern 2014, 331 ff.

¹⁹ Vgl. z.B. EuGH, Rs. C-16/09 (Schwemmer), Urt. v. 14.10.2010, Rn. 32 f.

²⁰ Ausführlich *Epiney/Metz/Pirker*, Parallelität der Rechtsentwicklung in der EU und in der Schweiz (Fn. 6), 169 ff.

Massgeblichkeit der Weiterentwicklung der Auslegung auf EU-Ebene – insbesondere durch die Rechtsprechung des EuGH – trotz der skizzierten Grundsätze häufig mit beachtlichen Unsicherheiten behaftet. Klarheit über umstrittene Fragen dürfte oft erst über entsprechende (letztinstanzliche) gerichtliche Urteile geschaffen werden können, wobei es angesichts des Fehlens eines für beide Parteien verbindlichen gerichtlichen Streitbeilegungsmechanismus²¹ nicht ausgeschlossen ist, dass im Einzelfall in der EU einerseits und in der Schweiz andererseits auch unterschiedliche Lösungen gefunden werden.

II. Zum „autonomen Nachvollzug“

Unter „autonomem Nachvollzug“ versteht man die im Wesentlichen vollständige Anlehnung gesetzgeberischer Erlasse an die entsprechenden Regelungen in der EU.²¹ Sein Hintergrund ist häufig das Anliegen, Wettbewerbsnachteile zulasten schweizerischer Unternehmen durch eine „parallele“ Gesetzgebung zu vermeiden. Darüber hinaus ist aber auch (inzwischen) ganz allgemein ein Bestreben der „europafreundlichen“ Ausgestaltung der Rechtsordnung festzustellen, das auf sehr unterschiedliche Motive zurückzuführen sein dürfte.²²

Diese Politik wurde vom Bundesrat bereits 1988 in seinem Integrationsbericht festgehalten, in dem er betont, dass die Qualität des Produktionsstandortes und Arbeitsplatzes Schweiz massgeblich davon abhängt, wie weit es gelinge, die schweizerische Rechtsetzung europafreundlich zu gestalten. Das Ziel müsse sein, „in Bereichen von grenzüberschreitender Bedeutung (und nur dort) eine grösstmögliche Vereinbarkeit unserer Rechtsvorschriften mit denjenigen unserer europäischen Partner zu sichern“.²³

Vor diesem Hintergrund beschloss der Bundesrat am 3. Februar 1988, ein „Europakapitel“ in die Botschaften (über Gesetzgebungsvorhaben) an die eidgenössischen Räte und in die Anträge für Verordnungen einzuführen. In diesem soll geprüft werden, „inwieweit das geplante schweizerische Recht mit dem europäischen Recht vereinbar ist. Es geht bei diesem Streben nach Parallelität nicht darum, das europäische Recht automatisch nachzuvollziehen, wohl aber darum, zu verhindern, dass ungewollt und unnötigerweise neue Rechtsunterschiede geschaffen werden, welche die grundsätzlich angestrebte gegenseitige Anerkennung der Rechtsvorschriften auf europäischer Ebene behindern“.²⁴

²¹ Vgl. zum Begriff etwa *Francesco Maiani*, Lost in translation: euro-compatibility, legal security, and the autonomous implementation of EU law in Switzerland, ELR 2013, 29 ff.; *Matthias Oesch*, Die Europäisierung des schweizerischen Rechts, in: Thomas Cottier (Hrsg.), Die Europakompatibilität des schweizerischen Wirtschaftsrechts: Konvergenz und Divergenz, ZSR-Beiheft 50, 2012, 13 ff. (insbesondere 28); teilweise werden für diesen Prozess auch andere Ausdrücke verwendet, so etwa Herstellung von „Europaverträglichkeit“, „Euro(pa)kompatibilität“, „Europafreundlichkeit“, „Europaoffenheit“ oder „Europafähigkeit“, vgl. *Bruno Spinner/Daniel Maritz*, EG-Kompatibilität des schweizerischen Wirtschaftsrechts: Vom autonomen zum systematischen Nachvollzug, FS Roger Zäch, 1999, 127.

²² Über die teilweise auch nur spekuliert werden kann. Die meisten Motive dürften mit dem allgemeinen Anliegen, „Schwierigkeiten“ mit Disparitäten von vornherein auszuschliessen, zusammenhängen.

²³ Vgl. Bericht des Bundesrates über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom 24. August 1988, BBl 1988 III 249 ff. (380) (hier zitiert nach Separatdruck EDMZ Nr. 88.045, 132).

²⁴ Vgl. Bericht des Bundesrates über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom 24. August 1988, BBl 1988 III 249 (380) (hier zitiert nach Separatdruck EDMZ Nr. 88.045, 132).

Eine Prüfung der Europakompatibilität der Gesetzgebungsvorhaben erfolgt nicht nur in Bezug auf Sekundärrecht, sondern berücksichtigt wird – insbesondere in denjenigen Fällen, in denen (noch) kein Sekundärrecht besteht – auch das Primärrecht.²⁵ Weiter nimmt der Bundesrat häufig auf bereits bestehende Vorschläge für EU-Rechtsakte Bezug.²⁶

Im Anschluss an das EWR-Nein von 1992 bestätigte der Bundesrat erneut, dass es im Interesse der Schweiz liege, „die systematische Prüfung der Europaverträglichkeit des aktuellen und künftigen schweizerischen Rechts weiterzuführen“.²⁷

Beim „echten“ autonomen Nachvollzug geht es also um die bewusste und gezielte unionsrechtskonforme Ausgestaltung nationalen Rechts; diese ist grundsätzlich zu unterscheiden von der punktuellen Inspiration der Gesetzgebung von europarechtlichen Entwicklungen. Ob und inwieweit im Einzelfall ein autonomer Nachvollzug vorliegt, ist damit für jeden Rechtsakt unter Berücksichtigung von Inhalt, Entstehungsgeschichte und Zielsetzung des jeweiligen Erlasses zu entscheiden. Auswirkungen kann die Bejahung des Vorliegens eines autonomen Nachvollzugs insbesondere auch auf die Auslegung des entsprechenden nationalen Rechts entfalten, die sich grundsätzlich an diejenige des Unionsrechts anzulehnen hat, wobei aber die genaue Reichweite dieser Anlehnung gerade in Bezug auf zukünftige Rechtsentwicklungen nach wie vor noch nicht abschliessend geklärt ist, ganz abgesehen davon, dass die genaue Reichweite eines möglicherweise erfolgten autonomen Nachvollzugs häufig nicht in jeder Beziehung klar ist.²⁸

III. Rechtsvergleichung

Auch wenn die Schweiz sich – aus welchen Gründen auch immer – nicht zu einem „autonomen Nachvollzug“ entschliesst, können Elemente der Unionsrechtsordnung sowohl in Rechtsetzung als auch in Rechtsprechung einfließen, ebenso wie auch die in anderen Staaten gefundenen Lösungen regelmässig beachtet werden. Hier wirkt also das Unionsrecht eher als eine Art Inspirationsquelle.²⁹

So geht der Bundesrat im Rahmen der Untersuchung der Unionsrechtskompatibilität („Verhältnis zum europäischen Recht“) eines Rechtsetzungsvorhabens regelmässig ganz allgemein auf die

²⁵ S. etwa die Botschaft zum Energiegesetz (BB1 1996 IV 1005).

²⁶ S. z.B. die Botschaft zum Raumplanungsgesetz (BB1 1994 III 1075).

²⁷ Botschaft über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens vom 24. Februar 1993, BB1 1993 I 821. Nach der Ablehnung des EWR-Abkommens durch Volk und Stände am 6. Dezember 1992 fanden viele Anpassungen des schweizerischen Rechts an das Unionsrecht, die im Falle eines EWR-Beitritts zwingend hätten erfolgen müssen, „freiwillig“ statt. 27 Gesetzesvorlagen, die Vorschriften der EG enthielten und diese im Ergebnis in die schweizerische Rechtsordnung einführten, wurden im Jahre 1993 unter dem Titel *Swisslex* angenommen. Für Beispiele siehe Tobias Jaag, Europarecht. Die europäischen Institutionen aus schweizerischer Sicht, 3. Aufl., 2010, 435 f.

²⁸ Vgl. zum Problemkreis besonders inspirierend Marc Amstutz, Interpretatio multiplex. Zur Europäisierung des schweizerischen Privatrechts im Spiegel von BGE 129 III 335, FS Ernst A. Kramer, 2004, 67 ff.

²⁹ Vgl. grundsätzlich hierzu etwa Thomas Cottier/Daniel Džamko/Erik Evtimov, Die europakompatible Auslegung des schweizerischen Rechts, in: Astrid Epiney/Sarah Theuerkauf/Florence Rivière (Hrsg.), Schweizerisches Jahrbuch für Europarecht 2003, 2004, 357 (389 ff.); Kathrin Klett, Inspiration des Bundesgerichts durch das EU-Recht im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter, in: Astrid Epiney/Ira von Danckelmann (Hrsg.), Gleichstellung von Frauen und Männern in der Schweiz und der EU, 2004, 133 ff.

Rechtslage in der EU ein, auch wenn die entsprechende Lösung in der EU nur teilweise oder ansatzweise übernommen wird. Weiter enthalten die Botschaften des Bundesrates häufig, insbesondere in denjenigen Fällen, in denen die EU (noch) keine sekundärrechtlichen Vorschriften erlassen hat, einen kurzen Rechtsvergleich mit der Rechtslage in (ausgewählten) EU-Mitgliedstaaten.

Auch bei dieser Art des Einflusses des Unionsrechts stellt sich die Frage, ob und inwieweit – immer, soweit in der Tat auf unionsrechtliche Lösungen zurückgegriffen wird – tatsächlich eine gewisse bzw. teilweise Parallelität der Rechtslage angestrebt wird und welche Rolle dies ggf. im Rahmen der Auslegung spielt.

IV. „Harmonisierung“ über multilaterale völkerrechtliche Verträge

Schliesslich kann die Europäisierung der schweizerischen Rechtsordnung bzw. Teile derselben auch auf sowohl von der Union und/oder ihren Mitgliedstaaten als auch der Schweiz mit dem Abschluss völkerrechtlicher Verträge eingegangenen Verpflichtungen beruhen. M.a.W. führt eine „Harmonisierung“ auf völkerrechtlicher Ebene – insbesondere durch den Abschluss multilateraler völkerrechtlicher Verträge – auch zu einer gewissen, ggf. weitgehenden Angleichung der Rechtsordnungen der Staaten bzw. Internationalen Organisationen, die die entsprechenden Verpflichtungen eingegangen sind.

Als Beispiel sei auf die sog. Aarhus-Konvention über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten³⁰ hingewiesen. Die Aarhus-Konvention wurde sowohl von der Schweiz als auch von der EU unterzeichnet und ratifiziert. Im Hinblick darauf wurden sowohl in der Schweiz als auch in der EU die notwendigen Rechtsetzungsvorhaben in Angriff genommen und auch teilweise bereits abgeschlossen.

Damit ist die Konvention auch für die Schweiz (ebenso wie für die EU und ihre Mitgliedstaaten) verbindlich. Die Konvention wird – wie im Völkerrecht üblich – von den Vertragsparteien angewandt und ausgelegt, wobei von der EU abgeschlossene Verträge integrierender Bestandteil des Unionsrechts sind und der EuGH auch zu ihrer Auslegung befugt und verpflichtet ist. Diese Kompetenz ist im Zusammenhang mit der Aarhus-Konvention von besonderer Bedeutung, da sich die Umsetzung in der Union grösstenteils wörtlich an den Text der Aarhus-Konvention anlehnt. So hatte sich der Gerichtshof denn auch schon verschiedentlich mit der Auslegung von Vorschriften der Aarhus-Konvention zu befassen.³¹

Nun ist die Schweiz selbstredend als Nicht-EU-Mitgliedstaat weder an die Umsetzung in der EU noch an die Urteile des EuGH im Rechtssinn gebunden. Allerdings stellen jedenfalls Urteile höchster nationaler Gerichte sowie internationaler und supranationaler Gerichte in Bezug auf völkerrechtliche Verträge gewichtige

³⁰ Bei der Aarhus-Konvention handelt es sich um ein regionales Übereinkommen im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UN/ECE). Nachdem die dafür erforderliche 16. Ratifikationsurkunde hintergelegt worden war, trat das Übereinkommen am 31.10.2001 in Kraft. Der Text des Abkommens findet sich in ILM 38 (1999), 517 ff. Eine deutsche Fassung findet sich in der Beilage Nr. III/2001 zu Heft 3/2001 der NVwZ.

³¹ S. in Bezug auf die Urteile zum gerichtlichen Zugang den Überblick bei *Astrid Epiney/Benedikt Pirker*, *The Case Law of the European Court of Justice on Access to Justice in the Aarhus Convention and Its Implications for Switzerland*, JEEPL 2014, 348 ff.

Anhaltspunkte für deren rechtliche Tragweite und Auslegung dar, so dass zumindest eine Auseinandersetzung mit diesen Urteilen erfolgen muss und sie bei der Auslegung der Aarhus-Konvention in der Schweiz zu berücksichtigen sind. So erwähnt denn auch Art. 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention ausdrücklich u.a. die Übung (der Vertragsparteien) bei der Anwendung eines Vertrages als massgeblichen Anhaltspunkt für die Auslegung völkerrechtlicher Verträge (Art. 31 Abs. 3 lit. b WVK), worunter jedenfalls und insbesondere verbindliche Gerichtsurteile fallen. Speziell im Fall der Aarhus-Konvention kommt noch hinzu, dass es sich hier um ein im Rahmen der UNO-ECE abgeschlossenes Übereinkommen handelt, so dass Vertragsparteien im Wesentlichen europäische Staaten sind mit der Folge, dass eine Übung im Rahmen der 28 Mitgliedstaaten umfassenden EU selbstredend von besonderer Bedeutung ist. Vor diesem Hintergrund dürfte im Ergebnis eine Abweichung von der Rechtsprechung des EuGH durch die Schweiz – soweit die Auslegung der Aarhus-Konvention betroffen ist – nur im Falle des Vorliegens guter bzw. zwingender Gründe in Betracht kommen. Dies gilt umsomehr, wenn eine Aussage in einem Urteil des EuGH mit der Stellungnahme des *Compliance Committee* (das auf der Grundlage von Art. 15 Aarhus-Konvention die Anwendung des Abkommens überwacht und entsprechende nicht verbindliche Stellungnahmen abgibt) übereinstimmt. Diese Erwägungen sind nicht nur für diejenigen Urteile bzw. Aussagen des Gerichtshofs relevant, die sich direkt auf eine Bestimmung der Aarhus-Konvention beziehen, sondern auch für solche Teile der Rechtsprechung, die direkt „nur“ EU-Sekundärrecht auslegen, das aber im Wesentlichen wörtlich aus der Aarhus-Konvention übernommen wurde. Denn der Gerichtshof stellt diesfalls in seinen Begründungen regelmässig auch und gerade auf die Zielsetzungen und die inhaltliche Tragweite der entsprechenden Bestimmungen in der Aarhus-Konvention ab, die der Unionsgesetzgeber eben im Sekundärrecht umsetzen wollte.³²

F. Fazit

Die soeben erfolgte Skizze der Bedeutung des EU-Rechts für die Schweiz konnte aufzeigen, dass die Nichtmitgliedschaft der Schweiz in der EU mitnichten zum Schluss verleiten darf, das EU-Recht sei für die und in der Schweiz nicht von Bedeutung. Vielmehr sind vielfältige Implikationen zu verzeichnen, die von einer quasi-direkten Verbindlichkeit (aufgrund völkervertragsrechtlicher Verpflichtungen) über einen (mehr oder weniger) „freiwilligen“ autonomen Nachvollzug und die Inspiration durch die Rechtslage in der EU bis hin zu einer Art Harmonisierung über multilaterale völkerrechtliche Verträge (bei deren Auslegung unionsrechtliche Elemente eine gewisse Rolle spielen) reicht.

Im Einzelnen ist die Eruierung der genauen Tragweite unionsrechtlicher Grundsätze in der und für die Schweiz in diesen verschiedenen Konstellationen sehr komplex und geht teilweise mit grossen Rechtsunsicherheiten einher. Aus rechtswissenschaftlicher Sicht ist diese, möglicherweise aus anderen Gründen (teilweise) nicht zu begrüssende Situation durchaus überaus interessant: Da die

³² Vgl. insofern schon im Einzelnen *Astrid Epiney*, Rechtsprechung des EuGH zur Aarhus-Konvention und Implikationen für die Schweiz. Zugleich ein Beitrag zu den Vorgaben der Aarhus-Konvention in Bezug auf das Verbandsbeschwerderecht, AJP 2011, 1505 ff.

Schweiz gerade nicht an das EU-Recht als solches gebunden ist, stellt sich immer die Frage, ob und inwieweit und aus welchen Gründen im Ergebnis gleichwohl eine parallele Rechtslage wie im Unionsrecht anzunehmen ist, eine rechtsdogmatisch jeweils sehr spannende Fragestellung mit zahlreichen Facetten.

Wie auch immer man diese Frage in Bezug auf eine spezifische Problemstellung beantwortet, führt kein Weg an dem Schluss vorbei, dass die Kenntnis und Analyse des Unionsrechts bzw. zumindest weiter Teile desselben für die Rechtsanwendung in der Schweiz in der einen oder anderen Form von grosser Bedeutung ist, so dass es insofern durchaus gerechtfertigt erscheint, von einer „Integration“ der Schweiz in die Europäische Union zu sprechen, wenn diese auch nicht über eine „normale“ Mitgliedschaft, sondern auf anderen Wegen erfolgt.

Welche Lösungen auch immer für die gegenwärtigen Probleme in den Beziehungen Schweiz – EU (Stichworte sind hier die Annahme der sog. Masseneinwanderungsinitiative, heute Art. 121a, 197 Nr. 11 BV, sowie die „institutionellen Fragen“) in der Zukunft gefunden werden, so ist doch aus verschiedenen Gründen zu erwarten, dass diese besonderen Formen der Integration der Schweiz in das Unionsrecht Bestand haben werden, so dass sich die Beschäftigung mit dem Unionsrecht auch weiterhin lohnen wird. Das Institut für Europarecht will auch in den nächsten Jahren über seine verschiedenen Aktivitäten in Lehre, Forschung und Weiterbildung dazu beitragen, diese Einbindung der Schweiz in das EU-Recht (aber auch das Europarecht i.w.S.) zu analysieren und wissenschaftlich zu begleiten, dies auch im Hinblick auf die Nutzung der gewonnenen Erkenntnisse für die Praxis, insbesondere die Gestaltung der Beziehungen Schweiz – EU.